

# FREIBERUFLER-TICKER vom 13. Januar 2023

## 1. BFB-Konjunkturumfrage: Stimmung verschlechtert sich.

Das ist ein Ergebnis der [BFB-Konjunkturumfrage](#) Winter 2022, über die das Redaktionsnetzwerk Deutschland am 31. Dezember 2022 exklusiv vorab [berichtete](#). Die Freien Berufe spüren den Fachkräftemangel mehr denn je, die Überlastung durch fehlendes Personal verschärft sich weiter. Überdies geht jede Zehnte, jeder Zehnte davon aus, dass die Mehrbelastung durch gestiegene Kosten und Inflation 2023 existenzbedrohend wird. Zudem befürchten Teile der Freien Berufe ein durchaus kritisches Marktumfeld aufgrund von Insolvenzen ihrer Auftraggeberinnen und Auftraggeber sowie einen Nachhalleffekt durch wegbrechende Aufträge. „In der aktuellen Lage brauchen wir pragmatische Vorhaben, die auch Selbstständigen helfen, beispielsweise durch Steuerfreibeträge für selbstständige Einkünfte entsprechend der Inflationsprämie, damit auch diese die Mehrkosten abfedern können“, so BFB-Präsident Friedemann Schmidt.

## 2. DIHK-Report Fachkräfte 2022: Fachkräfteengpässe in Deutschland weiter steigend

Die Fachkräfteengpässe nehmen zu, mehr als 50 Prozent der Unternehmen können offene Stellen nicht besetzen, das geht aus einem in dieser Woche veröffentlichten [Report der Deutschen Industrie- und Handelskammer \(DIHK\)](#) hervor. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Lage verschärft. Besonders erfolglos verläuft die Suche nach Fachkräften mit dualer Berufsausbildung (48 Prozent), überdies gelingt auch die Akquise von Auszubildenden oftmals nicht (38 Prozent). Bei der Gewinnung von Hochschulabsolventinnen und –absolventen scheitert circa ein Drittel der Unternehmen. Die Schwierigkeiten ziehen sich bis hin zu Arbeitsplätzen für Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, auch hier können 31 Prozent der Unternehmen entsprechende Stellen nicht besetzen. Ein Blick auf die Lösungsansätze verrät, dass 52 Prozent der Unternehmen durch Abbau von Bürokratiebelastungen (beispielsweise Dokumentations- und Meldepflichten) dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnten. Darüber hinaus identifizieren 46 Prozent der Unternehmen die Stärkung der beruflichen Bildung als wichtige Stellschraube für die Fachkräftesicherung. Ein wichtiger Faktor ist auch die Erleichterung von Einstellungen ausländischer Fachkräfte. Weiter werden eine bessere Qualifikation und Vermittlung von Arbeitslosen, Steigerung der Attraktivität der Region zum Leben, bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsangeboten, Flexibilisierung der Beschäftigung Älterer und der Ausbau der digitalen Infrastruktur als zu verbessernde Rahmenbedingungen genannt. Die Ergebnisse der DIHK bestätigen die Ergebnisse der BFB-Fachkräfteumfrage vom Oktober 2022. In den Unternehmen und Teams der Freien Berufe fehlen aktuell circa 46.000 Auszubildende, 236.000 Fachkräfte und 60.000 Freiberuflerinnen sowie Freiberufler, die negative Tendenz scheint sich fortzusetzen. Die Fachkräfteengpässe stellen nicht nur für die Unternehmen eine enorme Belastung dar, sondern auch für gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgaben, wie Klimaschutz und Digitalisierung.

## 3. Freiheitsindex 2022

Zum Jahresende wurde der deutsche Freiheitsindex 2022 veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass sich das individuelle Freiheitsgefühl aller Deutschen statistisch nach einem extremen Tiefpunkt vorherigen Jahres in diesem Jahr wieder erholt hat. Jedoch ist Selbiges verglichen mit anderen Ländern weiterhin auf niedrigem Niveau. Weniger als die Hälfte der Deutschen fühlten sich vollkommen oder sehr frei. Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) und Media Tenor International befragten 1006 Menschen ab 16 Jahren in Deutschland. Der Anteil derjenigen, die

sich frei fühlten, ist 2022 von 36 auf 45 Prozent gestiegen. 48 Prozent der Befragten waren der Meinung, man könne frei reden. Dabei werden große Ost-West-Unterschiede sichtbar. Im Westen hatten 52 Prozent das Gefühl, frei reden zu können, im Osten dagegen nur 34 Prozent. Bundesweit gab jeder Fünfte an (21 Prozent), „nicht sehr zufrieden“ mit dem politischen System zu sein. Im Osten lag dieser Wert fast doppelt so hoch wie im Westen, Gleiches gilt für die Gruppe der „überhaupt nicht“ Zufriedenen. Dass das Land in zwei Lager gespalten ist, zeigt auch eine andere Frage in der Studie: 41 Prozent sagten, dass sie sich im Zweifel für mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit entscheiden würden, 47 Prozent ist die Freiheit wichtiger. Seit der ersten Studie zu dem Thema im Jahr 1998 haben noch nie so viele Menschen der Gleichheit Vorfahrt gewährt. Die Bewertung des Staates und der Glaube an eine funktionierende Demokratie sind auf ein Rekordtief seit zehn Jahren gesunken. Gerade einmal zwölf Prozent sind mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden. Der BFB wertet dies als einen kritischen Befund.

#### **4. Trotz Rückgang an Selbstständigen: Erwerbstätigkeit 2022 auf höchstem Stand seit der deutschen Vereinigung**

Die Erwerbstätigkeit in Deutschland ist auf dem höchsten Stand nach der Wiedervereinigung, das geht aus einer [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts \(Destatis\)](#) vom Anfang Januar 2023 hervor. Im Jahresdurchschnitt 2022 waren rund 45,6 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Nach vorläufigen Berechnungen von Destatis stieg die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen 2022 gegenüber dem Vorjahr kräftig um 589.000 Personen (plus 1,3 Prozent). Der bisherige Höchststand aus 2019 (45,3 Millionen Personen) wurde dadurch um 292.000 Personen (plus 0,6 Prozent) überschritten. 2020 hatte die Coronakrise den zuvor über 14 Jahre anhaltenden Anstieg der Erwerbstätigenzahl beendet und zu einem Rückgang um 362.000 Personen (minus 0,8 Prozent) geführt. 2021 war die Erwerbstätigkeit nur leicht um 65.000 Personen (plus 0,1 Prozent) gewachsen. Entscheidend für die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt war die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Jahresdurchschnitt 2022 um 643.000 Personen (plus 1,6 Prozent) wuchs. Zu diesem Anstieg trug maßgeblich die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Auch bei der Zahl der marginal Beschäftigten (geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten) gab es leichte Beschäftigungsgewinne, die jedoch die pandemiebedingten Verluste längst nicht ausgleichen konnten. Bei den Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger setzte sich 2022 dagegen der seit nunmehr elf Jahren andauernde Abwärtstrend fort: Ihre Zahl sank gegenüber 2021 um 54.000 Personen auf 3,9 Millionen (minus 1,4 Prozent). Bei den Freien Berufen zeigt sich ein bislang unverändertes Bild: Die Zahl der selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler stieg zum 1. Januar 2022 um 0,8 Prozent auf nunmehr 1.471.000.

#### **5. Wochenarbeitszeit**

2021 arbeiteten 8,8 Prozent der Vollzeitwerbstätigen gewöhnlich mehr als 48 Stunden pro Woche. Dies gilt als überlange Arbeitszeit. Wie das Statistische Bundesamt im Dezember 2022 weiter [mitteilte](#), war fast jede und jeder zweite Selbstständige mit Beschäftigten (49,9 Prozent) von überlanger Arbeitszeit betroffen. Im Durchschnitt arbeiteten Vollzeitwerbstätige ab 15 Jahren 40,5 Stunden in der Woche. Generell gilt: je älter die Erwerbstätigen, desto länger die Arbeitszeiten. Während 1,6 Prozent der Vollzeitwerbstätigen im Alter von 15 bis 24 Jahren mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiteten, lag dieser Anteil bei den Erwerbstätigen in Vollzeit zwischen 55 und 64 Jahren bei 11,4 Prozent. Vollzeitwerbstätige Männer wiesen mit 10,5 Prozent deutlich häufiger überlange Arbeitszeiten auf als Frauen (5,4 Prozent). Einer der Gründe für die deutlichen Unterschiede ist der hohe Anteil überlanger Arbeitszeiten bei Führungskräften (29,4 Prozent), die eher in höheren Altersgruppen und bei Männern zu finden

sind. Nicht nur überlange Arbeitszeiten, sondern auch Arbeiten am Abend und in der Nacht hat einen Einfluss auf die zur Verfügung stehende Freizeit. 14,9 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten 2021 regelmäßig am Abend, das heißt zwischen 18 und 23 Uhr. Selbstständige mit Beschäftigten (30,6 Prozent) waren mehr als doppelt so häufig am Abend im Einsatz wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (13,9 Prozent). 4,2 Prozent der Erwerbstätigen arbeitete regelmäßig zwischen 23 und sechs Uhr. Männer (5,4 Prozent) waren deutlich häufiger betroffen als Frauen (2,8 Prozent).

## **6. Deutsche Innovation und Digitalisierung im internationalen Vergleich**

In einer in der vergangenen Woche veröffentlichten [Studie](#) untersucht die KfW die Leistungsfähigkeit des deutschen Innovationsökosystems. Aus der Studie geht hervor, dass die Wettbewerbsvorteile Deutschlands in einem starken Wissenschaftssektor und erheblichen Förder- und Entwicklungsaktivitäten der Großunternehmen liegt. Schwächen werden zum Beispiel beim Transfer neuer Technologien, der Vermarktung von Unternehmensgründungen und des Transfers hin zu kleinen und mittleren Unternehmen identifiziert. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland mit 57,2 Indexpunkten (IP) Rang acht. Spitzenreiter ist die Schweiz (64,6 IP), es folgen USA (61,8 IP), Schweden (61,6 IP) und das Vereinigte Königreich (59,7 IP). Die direkten Nachbarn Frankreich (55IP) und Dänemark (55,9 IP) liegen hinter Deutschland.

## **7. Befragung Alterssicherung in Deutschland (ASID) 2023**

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird das Institut für angewandte Sozialwissenschaft eine Untersuchung zur Lebens- und Einkommenssituation älterer Menschen ab 60 Jahren in Deutschland durchführen, [berichtet](#) das Ministerium Ende vergangener Woche. Die Erhebung soll Daten liefern, die für die Beurteilung und Weiterentwicklung von Alterssicherungsvorhaben herangezogen werden und in den nächsten Alterssicherungsbericht der Bundesregierung einfließen. Die Daten zum Zusammenspiel der verschiedenen Säulen der Alterssicherung werden durch eine Befragung von Personen, die nach einem statistischen Zufallsverfahren aus dem Melderegister ihrer Gemeinde repräsentativ ausgewählt wurden, ermittelt.

## **8. Banken zurückhaltender bei Kreditvergabe an Unternehmen**

Für Unternehmen wird es schwieriger, an neue Kredite zu kommen. 29,9 Prozent jener Unternehmen, die gegenwärtig Verhandlungen führen, berichteten im Dezember von Zurückhaltung bei den Banken. Im September waren es nur 24,3 Prozent. Das geht aus den Umfragen des ifo Institutes hervor, die am 12. Januar 2023 [veröffentlicht](#) wurde. Am stärksten betroffen sind weiterhin Kleinstunternehmen und Selbstständige. Laut der Autorinnen und Autoren erhöhen die Banken nach und nach die Kreditzinsen und gehen zurückhaltender bei der Vergabe vor. Die Zeit der Niedrigzinsen sei erst einmal vorbei. Viele Unternehmen müssten sich daran gewöhnen und die Finanzierungsstruktur anpassen.

## **9. Personalie: Dr. Elga Bartsch ist neue Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik im BMWK**

Dr. Elga Bartsch ist die neue Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Am 9. Januar 2023 erfolgte die offizielle [Ernennung](#) durch Bundesminister Dr. Robert Habeck. Elga Bartsch folgt auf Philipp Steinberg, der seit dem 5. Oktober 2022 Abteilungsleiter für die neu gegründete Abteilung WE – Wirtschaftsstabilisierung und Energiesicherheit – ist. Dr. Elga Bartsch begann ihre Karriere am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Sie war Europa-Chefvolkswirtin der Investmentbank Morgan Stanley und leitete zuletzt bis zum Sommer 2022 das Volkswirtschafts- und Kapitalmarkt-Research des Blackrock

Investment Institut in London. Sie gilt laut BMWK als Expertin für Makroökonomie, insbesondere Fiskal- und Geldpolitik. Durch ihre Forschungen ist sie ebenfalls ausgewiesene Expertin für die ökonomischen Risiken des Klimawandels und deren ökonomische Modellierung.